



BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION

B · I · C · C

Informationsdienst
Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern
deutscher Rüstungsexporte

Länderportrait Venezuela



Quelle: CIA World Factbook

Letzte Aktualisierung: Oktober 2009
Zusammengestellt von: Marc von Boemcken

INHALTSVERZEICHNIS

1	ZUSAMMENFASSUNG.....	3
2	GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	5
2.1	Deutsche Rüstungsexporte nach Venezuela	5
2.2	Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	6
2.3	Militärausgaben Venezuelas	7
2.4	Lokale Rüstungsindustrie	8
2.5	Streitkräftestruktur	8
2.6	Bewaffnung der Streitkräfte.....	9
2.7	Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	11
3	INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES EU-VERHALTENSKODEX.....	13
3.1	Einhaltung internationaler Verpflichtungen durch Venezuela.....	13
3.2	Achtung der Menschenrechte im Empfängerland.....	13
3.3	Innere Lage im Empfängerland.....	15
3.4	Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	17
3.5	Bedrohung von Alliierten.....	18
3.6	Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	18
3.7	Unerlaubte Wiederausfuhr	20
3.8	Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes.....	21

1 ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Venezuela

Zwischen 1999 und 2003 lieferte Deutschland Rüstungsgüter im Wert von insgesamt ca. 2 Millionen Euro nach Venezuela. Dies machte einen Anteil von nur etwa 0,01 % aller deutschen Rüstungsexporte im gleichen Zeitraum aus. 2004 stiegen die deutschen Rüstungsexporte nach Venezuela wegen der Lieferung von U-Boot-Teilen sehr stark an. Im Wesentlichen bestanden die Lieferungen aus Teilen für militärische Fahrzeuge und Sekundärradarsysteme. Komplette Großwaffensysteme wurden nicht nach Venezuela exportiert.

In der Vergangenheit wurden die venezolanischen Streitkräfte immer wieder zur Bekämpfung von sozialen Unruhen im Land eingesetzt. So kamen Ende der 1980er Jahre bis zu 2.000 Menschen durch Militäreinsätze im Inland ums Leben. Die militärische Führung ist stark politisiert und seit den frühen 1990er Jahren in zwei Flügel gespalten: Eine linke „bolivarisch-revolutionären“ Gruppe, die sich wohl als Folge der Unzufriedenheit mit der herrschenden Elite vor allem in der armen Bevölkerung bildete, sowie eine eher rechtsgerichtete, konservative Gruppe von „Institutionalisten“.

Abhängig von der politischen Ausrichtung der jeweiligen Regierungspartei haben beide Lager bereits Putschversuche unternommen, die bisher allerdings immer erfolglos blieben. Anfang der 1990er Jahre misslangen zwei Staatsstriche linksgerichteter Offiziere unter dem damaligen Oberst und späteren Präsidenten Hugo Chavez. Seit der demokratischen Wahl von Chavez zum Staatsoberhaupt im Jahr 1998 kam es am 11. und 12. April 2002 im Zusammenhang mit Großdemonstrationen der Oppositionsparteien gegen die Regierung wiederum zu einem Militärputsch konservativer Offiziere, der angeblich von den Vereinigten Staaten unterstützt wurde. Seit dem gescheiterten Putschversuch hat sich das Standbein des Chavez-treuen Flügels innerhalb der venezolanischen Streitkräfte erheblich verstärkt.

Unter der Präsidentschaft von Hugo Chavez wurden die Aufgaben der Streitkräfte erheblich erweitert. Beschränkte die Verfassung von 1961 die Rolle des Militärs auf die reine Landesverteidigung, so soll es jetzt eine aktive Funktion bei der Förderung der sozialen Entwicklung des Landes sowie bei der Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen übernehmen. Allerdings wird von vielen Beobachtern das Fehlen eines ‚demokratischen Rahmens‘ kritisiert. Die neue Verfassung von 1999 schränkt die Möglichkeiten ziviler Kontrolle über den Militärapparat erheblich ein. Es gibt keine parlamentarische Übersicht über das Militärbudget und geplante Beschaffungen. Ebenso sind zivile Gerichtshöfe nicht dazu autorisiert, Angehörige der Streitkräfte anzuklagen und zu verurteilen.

Der Großteil der Waffensysteme des Heeres stammt aus den Vereinigten Staaten, viele davon sind aber bereits sehr veraltet. Berichten zufolge konkurrieren derzeit mehrere europäische Rüstungsfirmen um einen Vertrag zur Produktion und Lieferung von ca. 200 gepanzerten Fahrzeugen, die vermutlich vor allem dazu gebraucht werden sollen, innere Unruhen zu bekämpfen. Im Februar 2005 wurde bekannt, dass Venezuela beabsichtigt, 100.000 Sturmgewehre der Typen AK-103 und AK-104 aus Russland zu importieren. Die komplette Lieferung wurde 2006 getätigt.

Das zur Zeit ehrgeizigste Modernisierungs- und Beschaffungsprojekt in den venezolanischen Streitkräften betrifft die Luftwaffe. 2002 wurden 12 Ausbildungsflugzeuge AMX-T in Brasilien bestellt, die mit modernen Radarsystemen aus Israel bestückt sind und im Laufe des Jahres 2005 geliefert werden sollten. 2003 erfolgte eine zweite Bestellung für 8 AS-350/550 Fennec Hubschrauber aus französischer Produktion im Wert von insgesamt etwa 50 Millionen US-Dollar, die 2004 geliefert wurden. 2004 wurden außerdem noch 15 Mi-24P/Mi35P/Hind-F sowie Mi-8/Mi-17 Kampfhubschrauber in Russland bestellt, deren Lieferung 2005 erfolgen sollte. Die ersten drei Hubschrauber wurden schließlich im Februar 2006 geliefert.

Kriterien des EU-Verhaltenskodex

Venezuela ist dem Großteil der internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten. Das Land hat bis heute keine nationale Gesetzgebung im Bereich der Anti-Personenminen. Bis 2003 hat Venezuela nach eigenen Angaben rund 35.000 von 46.000 Anti-Personen-Minen zerstört. Venezuela war als Exporteur von Antipersonenminen bekannt, hat ihre Produktion nach eigenen Angaben allerdings eingestellt. Nachrichten über den illegalen Handel an der Grenze zu Kolumbien bleiben bestehen, konnten allerdings nicht bestätigt werden.

Trotz der liberalen Verfassung ist die Menschenrechtslage in Venezuela als insgesamt problematisch zu bewerten. Dies trifft insbesondere auf den Sicherheitssektor zu. Menschenrechtsorganisationen kritisieren das unverhältnismäßig harte Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Demonstranten, Berichte über Folterungen und unrechtmäßige Tötungen von Gefangenen, schlechte Zustände in den Gefängnissen sowie korrupte Gerichte.

Durch den revolutionären, „bolivarischen“ Kurs des Präsidenten Hugo Chavez haben sich die politischen Spannungen der Gesellschaft zwischen Regierungs- und Oppositionsanhängern in den letzten Jahren deutlich verschärft. Dies hat bisher nicht nur zu einer erheblichen Verunsicherung der Wirtschaft, sondern auch zu einer steigenden Zahl gewaltsamer Auseinandersetzungen geführt. Ein eingeleiteter Volksentscheid über die Amtsenthebung von Chavez scheiterte, als dieser im August 2004 mit 58 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt wurde. Obwohl internationale Beobachter keine Unregelmäßigkeiten bei der Wahl feststellen konnten, erkannte das Oppositionsbündnis die Ergebnisse nicht an. Auch Anfang 2005 kam es in diesem Zusammenhang regelmäßig zu gewaltsamen Unruhen auf den Straßen.

Venezuela ist ein wichtiges Transitland von Kokain, Heroin und Marihuana aus Kolumbien in die Vereinigten Staaten und nach Europa. In den Drogenhandel sind meist kolumbianische Rebellenorganisationen verwickelt, die auch auf venezolanischem Territorium aktiv sind. Die der Küste Venezuelas vorgelagerte Margarita Insel wird dazu genutzt, Gelder aus Drogengeschäften zu waschen. Die Regierung Venezuelas geht aktiv gegen den Drogenschmuggel vor.

Die Beziehung zwischen Venezuela und Kolumbien wird immer wieder von kleineren Krisen überschattet. Zuletzt kam es im Dezember 2004 zu Spannungen, als ein Kommandant der FARC-Guerilla auf venezolanischem Territorium von einer im Auftrag der kolumbianischen Regierung handelnden Söldnertruppe entführt wurde. Präsident Chavez verlangte eine förmliche Entschuldigung für diese „Verletzung der nationalen Souveränität“ und verstärkte die Truppenpräsenz an der gemeinsamen Grenze. Auf der anderen Seite warfen Kolumbien und die Vereinigten Staaten Venezuela vor, feindliche Guerillaaktivitäten auf venezolanischem Territorium zu dulden, bzw. gar zu „unterstützen“. Im Februar 2005 wurde die Krise mit Kolumbien nach bilateralen Gesprächen entschärft.

Spannungen mit den Vereinigten Staaten, dem wichtigsten Handelspartner Venezuelas, bestehen allerdings fort. Im März 2005 verzögerte Washington anscheinend die Lieferung von Ersatzteilen für Kampfflugzeuge der venezolanischen Luftwaffe. Hintergrund waren Bedenken, Venezuela könnte eine geplante Lieferung von 100.000 Sturmgewehren aus Russland dazu nutzen, kolumbianische Rebellen mit Waffen zu versorgen. Präsident Chavez drohte im Gegenzug mit der Einstellung von Öllieferungen. Es gibt schon seit langem viele Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Ländern, zum Beispiel bezüglich der unterschiedlichen Beziehungen zu Kuba, dem Iran oder Libyen. Die jüngsten Drohungen von Chavez sind aber nach Meinung einiger Beobachter, vor allem eine Strategie, um von innenpolitischen Problemen abzulenken und sich als „Opfer des US-Imperialismus“ der Kritik zu entziehen.

2 GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

2.1 Deutsche Rüstungsexporte nach Venezuela

Tabelle 1: Deutsche Rüstungsexporte nach Venezuela nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2007

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert Rüstungsexporte, Millionen Euro
1999	IFF-Sekundärradarsystem: 90,7%;	0,77
2000	IFF-Sekundärradarsystem: 53,4%; Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 46,6%;	0,64
2001	Teile für Mannschaftstransporter: 72,3%;	0,16
2002	Teile für militärische Fahrzeuge: 95,2%;	0,20
2003	Teile für LKW (Anteil nicht erwähnt);	0,23
2004	Teile für U-Boote: 99,0%;	37,37
2005	Hydrophone: 50,8%; Geländewagen: 48,5%;	0,64
2006	Funküberwachungssysteme, Mess- und Prüfausrüstung	21,93
2007	Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 99,6%	7,31

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2007, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie <http://www.bmwi.de>

Schaubild 1: Deutsche Rüstungsexporte nach Venezuela, 1999-2007

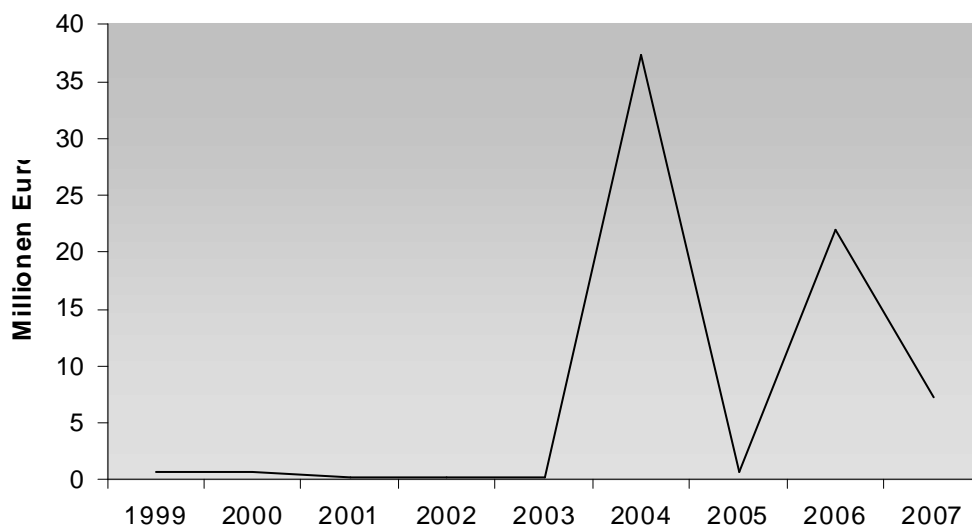


Tabelle 2: Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Venezuela, 1995-2008

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
4	MTU-1163	Dieselmotor	1998	2002	4	Für 2 Lupo Fregatten

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/trade_register.php

Kommentar:

Zwischen 1999 und 2003 lieferte Deutschland Rüstungsgüter im Wert von insgesamt ca. 2 Millionen Euro nach Venezuela. Das machte einen Anteil von nur etwa 0,01 % aller deutschen Rüstungsexporte im gleichen Zeitraum aus. 2004 stiegen die deutschen Rüstungsexporte nach Venezuela wegen der Lieferungen der U-Boot-Teile sehr stark an. Im Zeitraum 1999-2005 war dies daher die mit Abstand größte deutsche Waffenlieferung nach Venezuela. Der Rest bestand im Wesentlichen aus Teilen für militärische Fahrzeuge und Sekundärradarsysteme. Komplette Großwaffensysteme wurden nicht nach Venezuela exportiert.

2.2 Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland

Tabelle 3: Absolute Höhe der Rüstungsexporte nach Venezuela 2004-2008, Mio. USD

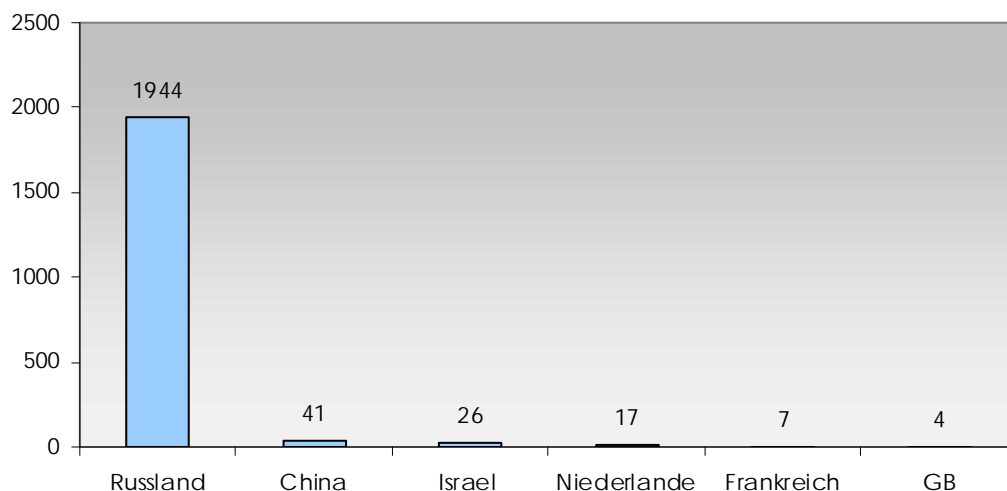
Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2004-2008
Summe	13	27	442	824	733	2.039

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Jahrbuch 2009

Tabelle 4: Deutsche Rüstungsexporte nach Venezuela 2003-2007, Mio. USD

Da Deutschland keine kompletten Großwaffensysteme nach Venezuela lieferte, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Schaubild 2: Wichtigste Lieferanten der Rüstungsgüter nach Venezuela 2004-2008, Mio. USD

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/values.php

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Kommentar zu den Waffenkäufen:

Laut SIPRI-Jahrbuch 2009 nahm Venezuela 2004-2008 die 18. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein.

Traditionell waren die Vereinigten Staaten der wichtigste Lieferant von Rüstungsgütern nach Venezuela. Seit der Wahl des linksgerichteten Hugo Chavez zum Staatspräsidenten 1998 sind die Beziehungen zwischen Venezuela und der Bush-Regierung allerdings erheblich abgekühlt. Offensichtlich versucht Chavez nun verstärkt, Waffen in Russland einzukaufen. Im Februar 2005 wurden Berichte bekannt, nach denen Venezuela beabsichtigt, in den nächsten Jahren Rüstungsgüter im Wert von bis zu 5 Milliarden US-Dollar zu beschaffen – ein Volumen, das durch Ölexporte finanziert werden soll. Diese Rüstungsgeschäfte umfassen den Kauf von ca. 100.000 AK-103 und AK-104 Sturmgewehren. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch der ausgehandelte Technologietransfer. Venezuela hat in den vergangenen Jahren eine strategische Rüstungskoope­ration mit Russland aufgebaut.

2.3 Militärausgaben Venezuelas

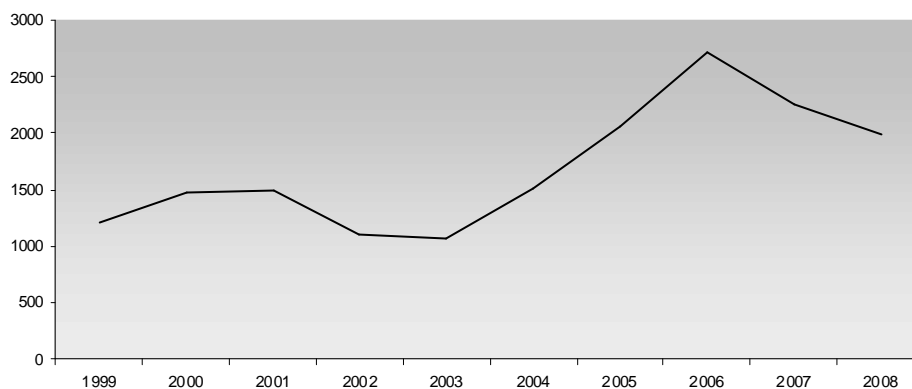
Tabelle 5: Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

	2004	2005	2006	2007	2008
Militärausgaben	1520	2054	2709	2262	1987
Anteil am BIP (in Prozent)	1,3	1,4	1,5	1,1	0,7
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	5,4	4,4	4,4	5,2	-

Alle Angaben in constant Mio. US\$ (2005). Die Angaben „Anteil am BIP“ für das Jahr 2008 basieren auf Schätzungen. Quelle: SIPRI Jahrbuch 2009, Internationaler Währungsfond, World Development Indicators

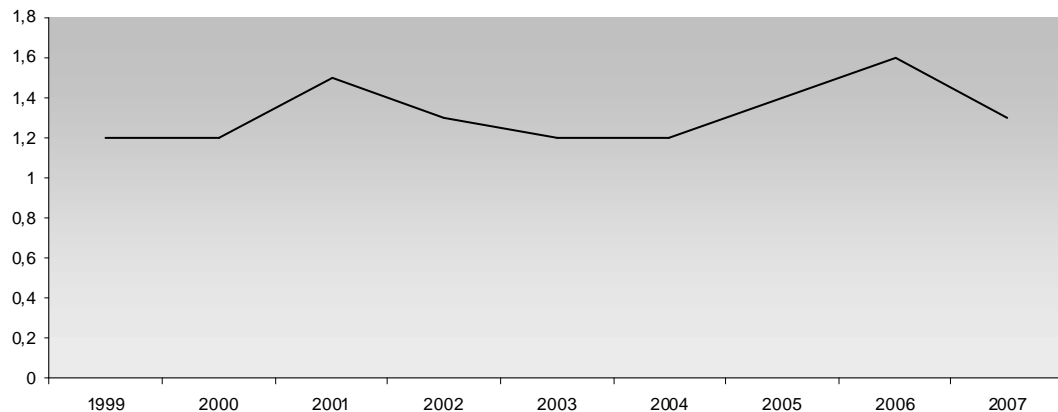
*Daten über den Anteil der Militärausgaben an den Staatsausgaben sind kritisch zu betrachten. Lückenhafte und unzureichende Daten lassen eine genaue Abbildung nur bedingt zu.

Schaubild 3: Absolute Militärausgaben, Trend 1999 – 2008 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD 1998-2008

Quelle: SIPRI Jahrbuch 2009

Schaubild 4: Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 1999 – 2007 (in Prozent)

Quelle: SIPRI Jahrbuch 2009

2.4 Lokale Rüstungsindustrie

Die venezolanische Rüstungsindustrie beschränkt sich im Wesentlichen auf die Herstellung von Kleinwaffen, Munition und Explosivstoffen. Die 1975 gegründete größte Waffenfirma, Compañía Anónima Venezolana de Industrias Militares (CAVIM) mit Sitz in der Hauptstadt Caracas stellt u.a. mit Lizenz und Unterstützung der belgischen Firma Fabrique Nationale Herstal das automatische Sturmgewehr FN FAL her.

2.5 Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: 30 Monate

Gesamtstärke der Streitkräfte:

- 115 000, Reserve: 8 000 (Heer)
- Heer: 63 000
- Marine: 17 500
- Luftwaffe: 11 500
- Nationalgarde (Fuerzas Armadas de Cooperacion): 23 000

Quelle:
IISS Military Balance 2009

Tabelle 6: Stärke der Streitkräfte, Trend 2000-2008

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Aktive in 1.000 (IISS)	82,3	82,3	82,3	82,3	82,3	82,3	82,3	82,3	115
Soldaten auf 1.000 Einwohner (BICC-Berechnungen)	3,3	3,3	3,3	3,2	3,2	3,2	3,0	3,0	4,3

Quellen:
IISS Military Balance, 2000-2008
UN-Statistics

2.6 Bewaffnung der Streitkräfte

Heer:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	81	
Leichte Panzer	109	
Aufklärer	431	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	91	
Artillerie	370	
Panzerabwehr	Ca. 274	
Luftabwehr	Mehr als 16	
Transportflugzeuge	17	
Mehrzweckflugzeuge	8	
Ausbildungsflugzeuge	1	
Kampfhubschrauber	12	
Transporthubschrauber	41	Davon 5 gelagert
Mehrzweckhubschrauber	8	
Radar	1	
Raketen	k.A.	AS-11 Kilter

Nationalgarde:

- 44 gepanzerte Mannschaftstransporter
- 52 Patrouillenboote
- 50 Mörser
- 13 Transportflugzeuge
- 21 Mehrzweck-/Ausbildungsflugzeuge
- Mehr als 44 Mehrzweckhelikopter

Kommentar:

Der Großteil der Waffensysteme des Heeres stammt aus den Vereinigten Staaten, viele davon sind aber bereits sehr veraltet. Berichten zufolge konkurrieren derzeit mehrere europäische Rüstungsfirmen um einen Vertrag zur Produktion und Lieferung von ca. 200 gepanzerten Fahrzeugen, die vermutlich vor allem zur Bekämpfung innerer Unruhen genutzt werden sollen. Im Februar 2005 wurde bekannt, dass Venezuela beabsichtigt, 100.000 Sturmgewehre der Typen AK-103 und AK-104 aus Russland zu importieren. Die komplette Lieferung wurde 2006 getätigt. Die neuen Gewehre sollen nach offiziellen Angaben die bisherige Standard-Waffe der Infanterie, die belgische FN FAL, ersetzen. Einige Beobachter befürchten, dass sie auch an kolumbianische Rebellengruppen weitergeleitet werden könnten.

Marine:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	2	
Fregatten	6	
Patrouillenboote	6	
Amphibienfahrzeuge	8	
Logistik und Unterstützung (Schiffe)	4	

Marineflieger:

- Küstenpatrouille (alle kampffähig)
- 11 Transportflugzeuge
- 1 Mehrzweckflugzeug
- 7 Hubschrauber zur U-Boot Abwehr (alle kampffähig)
- Mehrzweckhubschrauber

Marineinfanterie:

- 32 gepanzerte Mannschaftstransporter
- 11 Amphibienfahrzeuge zu Angriffszwecken
- Artillerie
- Luftabwehr
- Panzerabwehr

Küstenwache:

- Korvetten
- 43 Patrouillenboote
- Schiffe für Logistik und Unterstützung

Luftwaffe:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber/Abfangjäger	68	
Aufstandbekämpfung	11	Davon alle kampffähig
Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung	4	
Transportflugzeuge	53	Davon 1 VIP-Flugzeug
Ausbildungsflugzeuge	27	Davon 15 kampffähig
Rettungshubschrauber (für den militärische Einsatz)	2	
Transporthubschrauber	16	Davon 2 VIP-Hubschrauber
Mehrzweckhubschrauber	14	
Luftabwehr	Mehr als 242	Weitere 8 Tor-M1 bestellt
Radar	1	
Raketen	k.A.	AM-39 Exocet, AIM-9L Sidewinder

Kommentar:

Das zur Zeit ehrgeizigste Modernisierungs- und Beschaffungsprojekt in den venezolanischen Streitkräften betrifft die Luftwaffe. 2002 wurden 12 Ausbildungsflugzeuge AMX-T in Brasilien bestellt, die mit modernen Radarsystemen aus Israel bestückt sind und im Laufe des Jahres 2005 geliefert werden sollten. 2003 erfolgte eine zweite Bestellung für 8 AS-350/550 Fennec Hubschrauber aus französischer Produktion im Wert von insgesamt etwa 50 Millionen US-Dollar, die 2004 geliefert wurden. 2004 wurden außerdem noch 15 Mi-24P/Mi35P/Hind-F sowie Mi-8/Mi-17 Kampfhubschrauber in Russland bestellt, deren Lieferung 2005 erfolgen sollte. Die ersten drei Hubschrauber wurden schließlich im Februar 2006 geliefert.

Es wird ebenfalls geplant, Militärflugzeuge des Typs „Super Tucano“ des brasilianischen Produzenten Embraer zu beschaffen. Auch gibt es Gerüchte über eine geplante Lieferung von etwa 50 modernen MiG-29 Kampfflugzeugen aus Russland.

Nationalgarde:

- Gepanzerte Fahrzeuge: 20 ältere UR-416 (Deutschland/Rheinmetall), 24 Fiat-6614
- Mörser: 100: 60mm, 50:81mm
- Flugzeuge: 1 BN-2A, 2 Cessna 185 (USA), 5-U206, 4 IAI-201 (Israel), 1 King Air 90 (USA), 1 King Air 200C (USA), 2 Queen Air 80 (USA), 6 M-28 Skytruck (1996-2000 aus Polen geliefert)
- Hubschrauber: 4 A-109 (Italien), 20 Bell 206 (USA), 2 Bell 212 (USA)
- Küstenwachboote, nicht hochseetauglich: 52

Peacekeeping:

Venezuela nimmt an keinen Peacekeeping-Missionen teil.

Quelle: IISS Military Balance 2009

2.7 Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

In der Vergangenheit wurden die venezolanischen Streitkräfte immer wieder zur Bekämpfung von sozialen Unruhen im Land eingesetzt. So kamen Ende der 1980er Jahre bis zu 2.000 Menschen durch Militäreinsätze im Inland ums Leben. Die militärische Führung ist stark politisiert und seit den frühen 1990er Jahren in zwei Flügel gespalten: Eine linke „bolivarisch-revolutionäre“ Gruppe, die sich wohl als Folge der Unzufriedenheit mit der herrschenden Elite vor allem in der armen Bevölkerung bildete, sowie eine eher rechtsgerichtete, konservative Gruppe von „Institutionalisten“. Abhängig von der politischen Ausrichtung der jeweiligen Regierungspartei haben beide Lager bereits Putschversuche unternommen, die bisher allerdings immer erfolglos blieben. Anfang der 1990er Jahre misslangen zwei Staatsstriche linksgerichteter Offiziere unter dem damaligen Oberst und späteren Präsidenten Hugo Chavez. Seit der demokratischen Wahl von Chavez zum Staatsoberhaupt im Jahr 1998 kam es am 11. und 12. April 2002 im Zusammenhang mit Großdemonstrationen der Oppositionsparteien gegen die Regierung wiederum zu einem Militärputsch konservativer Offiziere, der angeblich von den Vereinigten Staaten unterstützt wurde. Die Oberbefehlshaber von Heer und Nationalgarde verweigerten Chavez ihren Gehorsam, und der Präsident des Arbeitgeberverbandes erklärte sich zum Übergangspräsidenten. Allerdings konnte sich nur wenige Tage später der linke Flügel in der Armee gegen die Putschisten durchsetzen, so dass Chavez bereits am 14. April seine Amtsgeschäfte wieder aufnehmen konnte. Seit dem gescheiterten Putschversuch hat sich das Standbein des Chavez-treuen Flügels innerhalb der venezolanischen Streitkräfte erheblich verstärkt. Viele oppositionelle Offiziere sind entweder ins Ausland geflüchtet, wurden verurteilt, entlassen oder vorzeitig in Rente geschickt.

Unter der Präsidentschaft von Hugo Chavez wurden die Aufgaben der Streitkräfte erheblich erweitert. Beschränkte die Verfassung von 1961 die Rolle des Militärs auf die reine Landesverteidigung, so soll es jetzt eine aktive Funktion bei der Förderung der sozialen Entwicklung des Landes, sowie bei der Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen übernehmen. Chavez äußerte sich in einem Interview mit der Zeitung Die Welt dazu folgendermaßen: „Wir müssen die Rolle der Streitkräfte radikal neu definieren: Die Zeit der Militärdiktaturen ist vorbei, aber das Militär darf auch nicht dazu verurteilt werden, zusehen zu müssen, wie eine korrupte Funktionärskaste das Land kaputt macht. Das Militär ist traditionell zuständig für die Sicherheit und Verteidigung der Nation. Wir wollen, dass es teilnimmt am sozialen Aufbau; es soll Brücken und Krankenhäuser bauen, Straßen reparieren und im Erziehungsbereich aktiv werden. Kurz: Es soll sich nützlich machen, um Venezuela voranzubringen - allerdings immer nur in einem demokratischen Rahmen und damit der Politik untergeordnet.“ Allerdings wird von vielen Beobachtern eben das Fehlen eines solchen „demokratischen Rahmens“ kritisiert. Die neue Verfassung von 1999 schränkt die Möglichkeiten ziviler Kontrolle über den Militärapparat erheblich ein. Es gibt keine parlamentarische Übersicht über das Militärbudget und geplante Beschaffungen. Ebenso

sind zivile Gerichtshöfe nicht dazu autorisiert, Angehörige der Streitkräfte anzuklagen und zu verurteilen.

Präsident Chavez hat angekündigt, die militärischen Reservekräfte des Landes durch die Bildung von kleinen Verteidigungseinheiten auf Gemeindeebene, die zwischen 10 und 500 Personen umfassen sollen, zu vergrößern.

3 INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES EU-VERHALTENSKODEX

3.1 Einhaltung internationaler Verpflichtungen durch Venezuela

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status Venezuela	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1925	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Atomwaffenfreie Zone Lateinamerika (Tlatelolco Vertrag) von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009

Kommentar:

Venezuela ist dem Großteil der internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten. Das Land hat bis heute keine nationale Gesetzgebung im Bereich der Anti-Personen-Minen. Bis 2003 hat Venezuela nach eigenen Angaben rund 35.000 von 46.000 Anti-Personen-Minen zerstört. Venezuela war als Exporteur von Antipersonenminen bekannt, hat ihre Produktion nach eigenen Angaben allerdings eingestellt. Nachrichten über den illegalen Handel an der Grenze zu Kolumbien bleiben bestehen, konnten allerdings nicht bestätigt werden.

Gegen Venezuela sind derzeit weder UN noch EU Sanktionen verhängt.

3.2 Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

3.2.1 Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status Venezuela	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 7. März 1966	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. Dezember 1966	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) vom 18. Dezember 1979	Beigetreten	http://treaties.un.org

Fakultativprotokoll zum CEDAW von 1999	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10. Dezember 1984	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie von 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten von 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org

3.2.2 Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis in Venezuela, 2008 (2009)

Politicization of the judiciary and official harassment of the political opposition and the media characterized the human rights situation during the year. The following human rights problems were reported: unlawful killings; harsh prison conditions; arbitrary arrests and detentions; a corrupt, inefficient, and politicized judicial system characterized by trial delays, impunity, and violations of due process; official intimidation and attacks on the independent media; discrimination based on political grounds; widespread corruption at all levels of government; violence against women; trafficking in persons; and restrictions on workers' right of association

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2008, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2008/wha/119177.htm>

3.2.3 Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2009

Es gab zahlreiche Angriffe auf Journalisten. Menschenrechtsverteidiger litten weiterhin unter Schikanen. Die schlechten Zustände in den Gefängnissen lösten Hungerstreiks in den Haftanstalten des Landes aus. Es wurden einige wichtige Schritte zur Umsetzung des im Jahr 2007 erlassenen Gesetzes über Gewalt gegen Frauen unternommen, doch zeigten viele der dafür verantwortlichen Behörden dabei nur geringes Engagement. Die fehlende Waffenkontrolle trug zum hohen Ausmaß der Gewalt und der mangelhaften öffentlichen Sicherheit bei.

Quelle: Amnesty International Report 2009: <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2009/venezuela>

3.2.4 Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House (2008)

Bewertung für Venezuela auf einer Skala von 1 für völlig frei bis 7 für völlig unfrei:

- Bürgerliche Rechte: 4
- Politische Rechte: 4
- Gesamtbewertung: Teilweise frei

Die Bewertung des Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Experten, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht wird.

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House (2008):

The run-up to Venezuela's state and local elections in November 2008 was characterized by politically motivated disqualifications of opposition candidates and the abuse of state resources, though the balloting itself was orderly and the vote count appeared fair. A large majority of races were won by candidates associated with President Hugo Chavez, but the opposition won in a number of populous states and districts. In July, Chavez issued a set of decrees that signaled the increased militarization of society. Meanwhile, bilateral relations with both neighboring Colombia and the United States deteriorated significantly during the year.

Quelle: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=363&year=2009&country=7733>

Kommentar:

Trotz der liberalen Verfassung ist die Menschenrechtslage in Venezuela als insgesamt problematisch zu bewerten. Dies trifft insbesondere für den Sicherheitssektor zu. Menschenrechtsorganisationen kritisieren das unverhältnismäßig harte Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Demonstranten, Berichte über Folterungen und unrechtmäßige Tötungen von Gefangenen, schlechte Zustände in den Gefängnissen, sowie korrupte Gerichte.

3.3 Innere Lage im Empfängerland

Politisches System; Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (Stand: April 2009):

Venezuela ist nach der Verfassung von 1999 ein demokratischer Bundesstaat mit 23 Einzelstaaten und dem Hauptstadtdistrikt. Die Verfassung enthält einen umfassenden Grundrechtskatalog. Die Todesstrafe ist abgeschafft. Die Mitwirkung der Bürger am politischen Prozess soll durch Elemente der direkten Demokratie gesichert werden.

Die ausführende Gewalt liegt beim Präsidenten der Republik und seiner Regierung. Der Präsident wird in direkter Wahl in einem Wahlgang auf sechs Jahre gewählt, mit der Möglichkeit der einmaligen unmittelbaren Wiederwahl. Amtsantritt des Präsidenten ist der 15. Januar des auf die Wahlen folgenden Jahres. Die laufende zweite Amtszeit von Präsident Hugo Chávez Frías dauert bis Januar 2013. Nach Ablauf der Hälfte seiner Amtszeit kann ein Präsident per Referendum abberufen werden. Der Präsident ernennt und entlässt den Vizepräsidenten sowie die Minister seines Kabinetts.

Die gesetzgebende Gewalt übt die Nationalversammlung aus, deren Abgeordnete auf fünf Jahre für höchstens drei Amtszeiten gewählt werden. Regionale und kommunale Selbstverwaltung sind in der Verfassung von 1999 vorgesehen. Die Einzelstaaten verfügen über einen geringen finanziellen Spielraum und sind auf Zuweisungen aus dem gesamtstaatlichen Etat angewiesen. An der Gesetzgebung sind sie seit Abschaffung des Senats und Einführung des Einkammersystems durch die Verfassung von 1999 praktisch nicht mehr beteiligt. Der "Consejo Federal de Gobierno" (Bundesrat) hat lediglich beratende Funktionen.

Das Parteiensystem hat durch den von Präsident Hugo Chávez betriebenen Prozess der innenpolitischen Umgestaltung einen tiefgreifenden Wandel erfahren. Nachdem bis 2007 eine Koalition unter Führung des von Hugo Chávez gegründeten "Movimiento Quinta República" (MVR) reagierte, sind die meisten Abgeordneten nun Mitglieder der Anfang 2008 gegründeten Vereinten Sozialistischen Partei Venezuelas (Partido Socialista Unida de Venezuela - PSUV). Kleinere Koalitionspartner lehnten die Verschmelzung mit der PSUV ab: die Partei „Patria Para Todos“ (PPT) und die kommunistische Partei (PCV) blieben selbständig.

Bei der Regional- und Kommunalwahl am 23. November 2008 traten diese Parteien in einigen Wahlkreisen mit eigenen Kandidaten an. Die linkssozialdemokratisch orientierte Partei „Für die Soziale Demokratie“ („Por la Democracia Social (Podemos)“ schied im Vorfeld des Verfassungsreferendums von Dezember 2007 aus der Koalition aus und ging auf Distanz zu Präsident Chávez; sie bildet nun eine regierungskritische Stimme innerhalb des Parlaments. Die früher dominierenden Parteien „Acción Democrática“ (sozialdemokratisch) und COPEI (christlich-sozial), die das Land über Jahrzehnte politisch dominierten, mussten spätestens seit der ersten Wahl von Präsident Chávez im Jahre 1998 einen massiven Bedeutungsverlust hinnehmen und sind wie die übrigen Oppositionsparteien nach dem Boykott der Parlamentswahlen im Dezember 2005 nicht im Parlament vertreten. Eine wachsende Rolle kommt zwei Parteien zu: der konservativen Partei „Primero Justicia“ sowie der sozialdemokratisch orientierten Partei „Un Nuevo Tiempo“.

Die Rechtsprechung wird vom Obersten Gerichtshof, gleichzeitig Verfassungsgerichtshof, und nachgeordneten Gerichten ausgeübt. Richter werden mit einfacher Parlamentsmehrheit gewählt. Dies hat seit 2004 den Einfluss der Regierung auf die Zusammensetzung des Obersten Gerichtshofes erheblich verstärkt. Die venezolanische Verfassung von 1999 stellt neben die drei klassischen Gewalten die „Bürgergewalt“ (Poder Ciudadano) und die „Wahlgewalt“ (Poder Electoral). Die „Bürgergewalt“ ist ein Dreiergremium und soll, orientiert an der skandinavischen Institution des Ombudsmann, als ethisch-moralische Instanz die Funktionsausübung innerhalb der öffentlichen Verwaltung überwachen, d.h. Machtmissbrauch und Korruption bekämpfen. Die „Wahlgewalt“ (Consejo Nacional Electoral – CNE) ist ein Fünfergremium, das alle Wahlen politischen Charakters durchzuführen hat. Sowohl Bürgergewalt als auch Wahlgewalt verfügen über eigene nachgeordnete Behörden. Die Verfassung von 1999 sichert der indigenen Bevölkerung umfassende Rechte zu, und die Regierung Chávez hat eine Reihe von Initiativen zur Verbesserung der Lage der Indigenen ergriffen. Seit 1999 gehört dem Parlamentspräsidium stets ein Vertreter der indigenen Völker an.

Quelle: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Venezuela/Innenpolitik.html>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perception Index (2009):

Im Jahresbericht 2009 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politikern durchgeführt wurden, liegt Venezuela auf Platz 162 (2008: Platz 158), zusammen mit Angola, der Republik Kongo, der demokratischen Republik Kongo, Guinea Bissau und Kirgisistan. Deutschland liegt auf Platz 14.

Quelle: http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2009/cpi_2009_table

Spannungen und offene innere Konflikte:

Durch den revolutionären, „bolivarischen“ Kurs des Präsidenten Hugo Chavez haben sich die politischen Spannungen der Gesellschaft zwischen Regierungs- und Oppositionanhängern in den letzten Jahren deutlich verschärft. Dies hat bisher nicht nur zu einer erheblichen Verunsicherung der Wirtschaft, sondern auch zu einer steigenden Zahl gewaltsamer Auseinandersetzungen geführt. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte der Konflikt im Dezember 2002 und Januar 2003 mit einem zwei Monate andauernden Generalstreik. Allerdings konnte die aus Unternehmerverbänden, Gewerkschaften und anderen politischen Gruppen bestehende Opposition ihr Ziel, den Präsidenten zum Rücktritt zu zwingen, nicht erreichen. Ebenso scheiterte ein von ihnen eingeleiteter Volksentscheid über die Amtsenthebung von Chavez, als dieser im August 2004 mit 58 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt wurde. Obwohl internationale Beobachter keine Unregelmäßigkeiten bei der Wahl feststellen konnten, erkannte das Oppositionsbündnis die Ergebnisse nicht an. Auch während der Präsidentschaftswahlen im Dezember 2006, aus denen Hugo Chavez erneut als Sieger hervorging, kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Chavez-Sympathisanten und

Oppositionsanhängern. Sicherheitskräfte gingen in der Regel unverhältnismäßig brutal gegen Demonstranten vor.

Es gibt einen zweiten, latenten Konflikt zwischen der indigenen Urbevölkerung Venezuelas, deren Zahl auf ca. 316.000 geschätzt wird, und den ihren Lebensraum gefährdenden Goldgräbern und Großgrundbesitzern. Die Verfassung von 1999 räumt den indigenen Gruppen allerdings umfassende Rechte ein.

3.4 Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Venezuela hat eine Fläche von insgesamt 912.050 Quadratkilometern und liegt im nördlichen Teil Südamerikas. Es grenzt im Norden an das karibische Meer, im Westen an Kolumbien, im Süden an Brasilien, Peru und Ecuador und im Osten an Guyana.

Politische Situation in der Region

Die Beziehung zwischen Venezuela und Kolumbien wird immer wieder von kleineren Krisen überschattet. Zuletzt kam es im Dezember 2004 zu Spannungen, als ein Kommandant der FARC-Guerilla auf venezolanischem Territorium von einer im Auftrag der kolumbianischen Regierung handelnden Söldnertruppe entführt wurde. Präsident Chavez verlangte eine förmliche Entschuldigung für diese „Verletzung der nationalen Souveränität“ und verstärkte die Truppenpräsenz an der gemeinsamen Grenze. Auf der anderen Seite warfen Kolumbien und die Vereinigten Staaten Venezuela vor, feindliche Guerillaaktivitäten auf venezolanischem Territorium zu dulden, bzw. gar zu „unterstützen“. Im Februar 2005 wurde die Krise mit Kolumbien nach bilateralen Gesprächen entschärft.

Im März 2008 löste der Angriff kolumbianischer Streitkräfte auf ein Lager der FARC-Guerilla im ecuadorianischen Dschungel eine regionale Krise aus. Die Aktion wurde einhellig von den südamerikanischen Regierungen verurteilt und als unverhältnismäßige Einmischung in fremdes Territorium definiert.

Spannungen mit den Vereinigten Staaten, dem wichtigsten Handelspartner Venezuelas, bestehen allerdings fort. Im März 2005 verzögerte Washington anscheinend die Lieferung von Ersatzteilen für Kampfflugzeuge der venezolanischen Luftwaffe. Hintergrund waren Bedenken, Venezuela könnte eine geplante Lieferung von 100.000 Sturmgewehren aus Russland dazu nutzen, kolumbianische Rebellen mit Waffen zu versorgen. Präsident Chavez drohte im Gegenzug mit der Einstellung von Öllieferungen. Es gibt schon seit langem viele Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Ländern, zum Beispiel bezüglich der unterschiedlichen Beziehungen zu Kuba, dem Iran oder Libyen. Die jüngsten Drohungen von Chavez sind aber nach Meinung einiger Beobachter vor allem eine Strategie, um von innenpolitischen Problemen abzulenken und sich als „Opfer des US-Imperialismus“ der Kritik zu entziehen.

Venezuela versucht zeigt einigen Jahren Vollmitglied in der südamerikanischen Wirtschaftsunion „MERCOSUR“ zu werden, der zur Zeit Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay angehören. Als Gegenprojekt zur gescheiterten US-amerikanischen Plänen der Gründung einer Panamerikanischen Freihandelszone (ALCA) treibt Venezuela die Ausweitung der „Alternativa Bolivariana para América Latina – ALBA“ voran.

Grenzkonflikte

Zwischen Venezuela und Kolumbien besteht weiterhin ein Konflikt um die Monjes Inseln. Darüber hinaus bestehen in der Region zahlreiche ungeklärte Grenzkonflikte, die immer wieder zu diplomatischen Spannungen führen.

3.5 Bedrohung von Alliierten

3.5.1 Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Venezuela sind derzeit keine ausländischen Militäreinheiten stationiert.

3.5.2 Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) von 2009 beträgt die Piraterie-Rate von Software in Venezuela 86 Prozent. Damit hat Venezuela die höchste Rate in der Region. Zum Vergleich: In Deutschland betrug die Rate 27 Prozent. 2008 beliefen sich die Verluste durch Piraterie in Venezuela auf geschätzte 484 Millionen US-Dollar und sind damit deutlich seit 2004 (71 Mio. USD) gestiegen.

Quelle: Business Software Alliance (BSA)

3.6 Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Verhalten von Venezuela in der internationalen Gemeinschaft laut der Zusammenfassung des Auswärtigen Amtes (Stand: Oktober 2009):

Die Regierung von Präsident Hugo Chávez Frías nennt folgende Hauptziele ihrer Außenpolitik:

- die Integration Lateinamerikas
- eine solidarische Energiepolitik in Lateinamerika und der Karibik
- Unabhängigkeit der Erdölindustrie vom Einfluss der Vereinigten Staaten von Amerika.

Venezuela strebt die Vollmitgliedschaft in der südamerikanischen Wirtschaftsgemeinschaft „Mercosur“ an (bisherige Mitglieder: Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay). Zurzeit hat Venezuela beratenden Status ohne Stimmrecht, weil parlamentarische Zustimmungen zum Beitritt Venezuelas noch ausstehen. Die Mitgliedschaft in der Andengemeinschaft (CAN) beendete Venezuela im April 2006. Der Austritt entfaltet fünf Jahre nach der Austrittserklärung seine volle Wirkung.

Präsident Chávez setzte sich nachdrücklich für die Schaffung der Union Südamerikanischer Nationen (spanisch: Unión de Naciones Suramericanas - UNASUR) ein.

Als Gegenprojekt zu US-amerikanischen Plänen einer Panamerikanischen Freihandelszone (ALCA) entwickelte Venezuela die "Alianza Bolivariana para América Latina – ALBA“ (span.: Morgenröte). Partner sind vor allem Kuba, Bolivien, Nicaragua, Ecuador und Honduras. Weitere Mitglieder sind Dominica, St. Vincent und die Grenadinen, Antigua und Barbuda.

Als Teil seiner Integrationsbemühungen und Alternative zu Weltbank und Internationalem Währungsfond hat Präsident Hugo Chávez Frías die Errichtung einer südamerikanischen Entwicklungsbank Banco del Sur (Bank des Südens) vorangetrieben, deren Gründungsurkunde im September 2009 auf der venezolanischen Insel Margarita unterzeichnet wurde. Ziel ist, in den lateinamerikanischen Mitgliedsstaaten (Argentinien, Brasilien, Bolivien, Ecuador, Paraguay, Uruguay und Venezuela), nationale und regionale Entwicklungsprojekte zu finanzieren. Hauptsitz der Bank ist Caracas; Zweigstellen sollen in Buenos Aires und La Paz errichtet werden.

Mit dem Vertrag von San José und dem 2005 geschlossenen Rahmenvertrag Petrocaribe

strebt Venezuela eine enge Bindung der karibischen Staaten sowie einiger süd- und mittelamerikanischer Staaten an. Gegenstand des Abkommens ist eine Vorzugsbehandlung beim Bezug von Erdölprodukten, vor allem durch Finanzierungserleichterungen.

Präsident Chávez pflegt enge Beziehungen zu Kuba und Nicaragua. Auch der Präsident Boliviens, Evo Morales, gilt als enger politischer Verbündeter des venezolanischen Präsidenten; mit seiner Regierung wurden zahlreiche Kooperationsabkommen abgeschlossen. In Lateinamerika sucht Venezuela zudem verstärkt den Schulterschluss mit Argentinien, Brasilien und Ecuador.

Das Verhältnis zu den USA, die weiterhin der wichtigste Handelspartner Venezuelas sind und rund 14% ihres Erdölbedarfs aus venezolanischen Quellen decken, ist von Spannungen geprägt. Meinungsunterschiede existieren z.B. zum Thema der kolumbianischen Guerilla FARC, zur Nutzung von Militärbasen in Kolumbien, zur Rolle Kubas, Irans, Libyens, zu einer panamerikanischen Freihandelszone und zur internationalen Wirtschaftsordnung allgemein. Seit Amtsantritt Barack Obama gibt es zwar versöhnlichere Töne gegenüber dem Präsidenten, aber nach wie vor eine starke Kritik an US-Institutionen.

Venezuela bemüht sich stark um den Ausbau der Beziehungen zu Partnern wie China, Russland, Weißrussland, Vietnam, Iran und Indien. Mit Russland strebt die venezolanische Regierung eine engere militärische Zusammenarbeit an. Präsident Chávez nutzt insbesondere seine Auslandsreisen, um die Süd-Süd-Kooperation zu vertiefen. Das Verhältnis Venezuelas zu Kolumbien ist traditionell schwierig. Beide Länder sind jedoch wirtschaftlich eng verbunden.

Quelle: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Venezuela/Aussenpolitik.html>

3.6.1 Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status Venezuela	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1970	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1973	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1979	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1980	Nicht beigetreten	www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1991	Nicht beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 1997	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 1999	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2005	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

3.6.2 Internationale Kriminalität

Beitritt zu Internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status Venezuela	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2000)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2000)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2001)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar:

Venezuela ist ein wichtiges Transitland von Kokain, Heroin und Marihuana aus Kolumbien in die Vereinigten Staaten und nach Europa. In den Drogenhandel sind meist kolumbianische Rebellengruppen verwickelt, die auch auf venezolanischem Territorium aktiv sind. Die der Küste Venezuelas vorgelagerte Margarita Insel wird dazu genutzt, Gelder aus Drogengeschäften zu waschen. Die Regierung Venezuelas geht aktiv gegen den Drogenschmuggel vor.

3.6.3 Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status Venezuela	Quelle
Völkermord-Konvention von 1948	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch 2009
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1949	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1949 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1977	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 1998	Beigetreten	Http://www.un.org/law/icc/
Anti-Korruptions-Konvention von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org

3.6.4 UN-Berichterstattung

Venezuela übermittelt an die UN weder im Rahmen des UN-Waffenregisters Angaben zu Rüstungsimporten und -exporten, noch im Rahmen des Instruments zur Berichterstattung über Militärausgaben.

3.7 Unerlaubte Wiederausfuhr

Das US-Außenministerium befürchtet, Waffenlieferungen nach Venezuela könnten an kolumbianische Rebellengruppen weitergeleitet werden. Diese Befürchtungen haben sich in der Vergangenheit immer wieder bestätigt. So wurden bereits 2004 zahlreiche Waffen aus venezolanischen Beständen bei der FARC von der kolumbianischen Polizei entdeckt. Die venezolanische Regierung weist diese Bedenken allerdings von sich. Im Juli 2009 forderte Schweden Venezuela auf, zu erklären, wie schwedische Waffen, die nach Venezuela geliefert wurden, in den Händen der FARC konfisziert werden konnten. Diese Beispiele verdeutlichen, dass in Venezuela eine große Gefahr der unerlaubten Wiederausfuhr besteht.

3.8 Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (Stand: April 2008):

Seit Jahrzehnten steht und fällt die Wirtschaft Venezuelas mit den Erdöleinnahmen. Sie tragen rund 50 Prozent zu den Staatseinnahmen bei und machen über 75 Prozent des Exportwerts sowie rund ein Viertel des Bruttosozialprodukts aus. Für die Regierung Venezuelas hat die Erdölpolitik daher Priorität: Venezuela tritt in der OPEC für hohe, "gerechte" Preise ein und fordert dazu Fördermengenbeschränkungen.

Der Erdölreichtum Venezuelas hat nach dem 2. Weltkrieg das Entstehen einer breiten Mittelschicht begünstigt. Die venezolanische Gesellschaft blieb jedoch trotz beachtlicher Fortschritte beim Aufbau eines modernen Sozialstaatssystems gespalten. Dieser Umstand sowie berechtigte Vorwürfe der Korruption und mangelnder Effizienz bei der Regierungsführung führten Ende 1998 zur Wahl des politisch links stehenden Kandidaten Hugo Chávez zum Staatspräsidenten. Er proklamierte die „Bolivarische Revolution“, die u.a. auch die innere Wirtschaftsordnung nachhaltig verändern sollte.

Seit Ende 2003 wuchs die venezolanische Wirtschaft wieder deutlich, wobei das hohe Wirtschaftswachstum von 2004 in Höhe von 17% vom wirtschaftlichen Tiefstand des Vorjahres ausging. 2005 wurde ein Wachstum von 9,3% erreicht, 2006 sogar 10,3%, ehe es 2007 wieder auf 8,4 % zurückfiel.

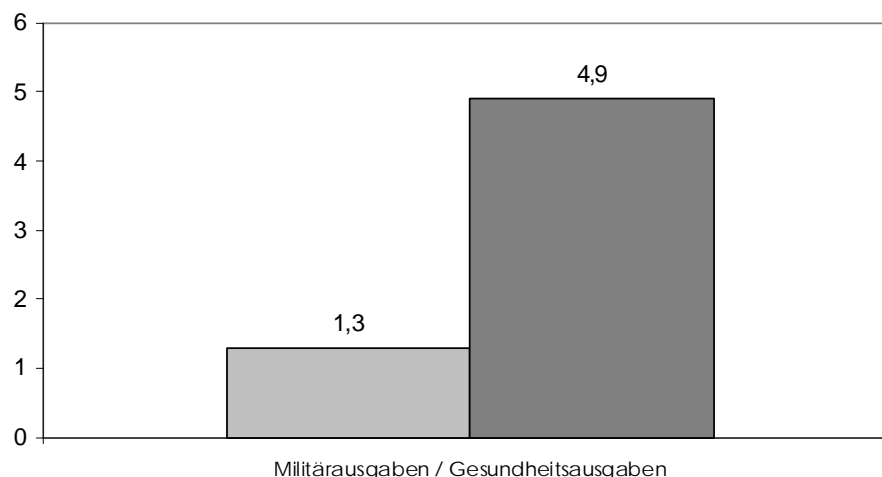
Nach offiziellen Angaben stieg die Inflation im Jahre 2007 auf ca. 18,6%. Die 2003 eingeführten Preis- und Devisenkontrollen werden weitergeführt. Der Preisanstieg setzt sich im Laufe des Jahres fort.

Die Arbeitslosigkeit wurde von offizieller Seite für 2006 mit 9% angegeben. Von den Beschäftigten stehen allerdings nur ca. 55% in einem regulären Arbeitsverhältnis, während die übrigen im so genannten informellen Sektor, etwa als Straßenhändler, tätig sind.

Der Prozess der Globalisierung stellt besondere Herausforderungen an die Umstellungsfähigkeit der venezolanischen Wirtschaft. Trotz Wachstums bleiben die Strukturprobleme der venezolanischen Wirtschaft ungelöst: Weite Bereiche der Industrie sind stillgelegt. Die Regierung plant den Ausbau staatlicher Industriebetriebe, z.B. im Bereich Petrochemie. Ferner werden Kooperativen gefördert, deren Produktivität allerdings noch nicht erwiesen ist. Der Beitrag des Agrarsektors zum Bruttosozialprodukt liegt bei nur ca. 4 Prozent, trotz der großen Möglichkeiten in diesem Bereich. Die Importquote bei Nahrungsmitteln liegt bei über 70%.

Quelle: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Venezuela/Wirtschaft.html>

Schaubild 5: Vergleich Anteile Militärausgaben und Gesundheitsausgaben am venezolanischen BIP



Quellen: SIPRI Jahrbuch 2009 (Militärausgaben); WHO, World Health Statistics 2009 (Gesundheitsausgaben)

Tabelle 7: Absolute Auslandsverschuldung und Anteil am BIP 2004-2008

	2004	2005	2006	2007	2008
Auslandsverschuldung	40687	45702	43230	40629	-
Anteil am BIP (in Prozent)	34,9	31,7	24,2	18,9	-

Angaben in constant Mio. US\$ (2005)

Quelle: Weltbank, World Development Indicators

Kommentar:

Venezuela konnte in den vergangenen Jahren seine Auslandsverschuldung senken, was insbesondere auf die gestiegenen Einnahmen durch die Ölförderung zurückzuführen ist. Zwar hat Venezuela auch wegen den hohen Ölpreisen in der Vergangenheit die Militärausgaben stetig erhöht, doch sind diese weiterhin auf einem moderaten Niveau. Kritisch in diesem Zusammenhang waren die finanziellen Sonderzuweisungen an das Militär im Rahmen des „Ley Paraguas“ in den vergangenen Jahren. Es gibt Hinweise, dass dieses Gesetz inzwischen zurückgenommen wurde, womit auch der starke Anstieg der Militärausgaben in den vergangenen Jahren erklärt werden kann.